

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntage.  
Abonnementspreis 1,00 Mark pro  
Quartal exkl. Postgebühren. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Inserate  
pro viergespaltene Zeile 60 Pf.;  
für Bandmitteilungen 40 Pf.;  
Ergänzungsbeilage 40 Pf.; Veramtlung-  
sangelegenheiten 20 Pf. Privat-  
angelegenheiten der Betrag beizufügen.

Nr. 32.

Berlin, den 3. August 1913.

29. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Mit 1. Oktober kommen für alle Beitragsklassen neue Quittungsmarken zur Einführung. Wir ersuchen bei Bestellung von Marken dies berücksichtigen zu wollen, d. h. sich nicht mehr Marken senden zu lassen, wie bis zum 1. Oktober gebraucht werden.

2. Zu Bromberg wird ein Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Woche erhoben. Der Vorstand hat dazu seine Genehmigung erteilt.

3. Im August soll ein neues Adressverzeichnis herausgegeben werden. Wir ersuchen darum unsere Bevollmächtigten, das letzt-erhaltene Verzeichnis — herausgegeben Mitte März — auf seine Richtigkeit hin zu prüfen und uns die notwendigen Menderungen mit-  
gehend zu melden. Im neuen Verzeichnis können nur die Menderungen noch berücksichtigt werden, die uns bis zum 15. August zugegangen sind.

4. Dem Kollegen Heinrich Schmidt, geboren am 12. Dezember 1846 in Frankfurt am Main, ist sein Mitgliedsbuch Nr. 118 020 im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. abhanden gekommen. Bei eventuellem Vorzeigen des Buches von Schmidt ersuchen wir, dieses einzuziehen und an uns einzusenden. Die Personalisten des Inhabers bitten wir festzustellen und an die Zählstelle Frankfurt mitzuteilen.

5. Angezweifelt auf Grund des § 16 b des Statuts wurde in München der Buchbinder August Roth aus Tübingen, V.-Nr. 37 133, Der Vorstand.

## Aus dem Jahresbericht der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft.

Nach dem sechsten erschienenen Jahresbericht hat die Ausdehnung dieser Genossenschaft im Jahre 1912 wiederum eine Zunahme erfahren und umfaßt nun im ganzen 4442 Betriebe mit 147 382 versicherten Personen und insgesamt 144 750 236 Mt. umlagepflichtigen Löhnen. Das sind mehr gegenüber dem Vorjahre 141 Betriebe, 5214 versicherte Personen und 7 553 816 Mt. umlagepflichtige Löhne. Auf jeden der Versicherten entfielen demnach durchschnittlich 982,14 Mt. an Löhnen, gegen 965,03 Mt. im Vorjahre.

Die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft erstreckt sich auf die gesamte Papierverarbeitungsindustrie, worunter neben der Buchbinderei, der Kartonnagen- und Einwickelfabrikation, auch die Fabriken für gröbere und feinere Papierwaren, die Buntpapier-, Spitzenpapier-, Papierhülfs- und Spielwarenfabriken (Papier- und Pappspielwaren), sowie auch die Steinrudereien fallen, während alle in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen der für den Hauptberuf dieser Betriebe zuständigen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft zugeteilt sind. Wenn also ein Teil der in dem Bericht erwähnten Personen — soweit diese in Buntpapierfabriken oder in den Steinrudereien als Lithographen und Steinrunder oder deren Hilfsarbeiter beschäftigt sind — für unseren Beruf auszuscheiden sind, so ist demgegenüber wieder ein sehr

großer Teil unserer in Buchdruckereien beschäftigten Berufsangehörigen in obigen Ziffern nicht mit erfasst. Außerdem ist aber auch die große Zahl der in den dem Unfallversicherungsgesetz nicht unterstehenden Kleinbetrieben beschäftigten Personen in obigen Ziffern nicht mit enthalten, so daß eine richtige Uebersicht über die Unfallgefahren unseres Berufs aus dem Bericht dieser einen Berufs-genossenschaft leider nicht zu entnehmen ist.

Mit dieser Umstand schon bedauerlich, so wird durch das fast gänzliche Fehlen jeder statistischen Gliederung der Betriebe nach Branchen und Größenklassen und der versicherten Personen nach Alter, Geschlecht, Berufsangehörigkeit und Verdiensthöhe, der Wert des Berichts sehr stark beeinflusst. Gewiß ist es nur zu begrüßen, wenn der Ueberwachungstätigkeit, sowie besonders auch der Unfallverhütung in hervorragender Maße gedacht wird, aber eine genau durchgeführte statistische Gliederung würde zweifellos noch viel leichter und deutlicher erkennen lassen, welchen Einfluß die jeweiligen Arbeits- und Betriebsverhältnisse, sowie auch die vorherrschenden Lohn- und Lebensbedingungen, auf die Unfallgefahren der verschiedenen Branchen- und Vertriebsarten ausüben. So ist z. B. in den Berichten der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft diese statistische Gliederung in sehr vorbildlicher Art durchgeführt, obgleich auch da in Bezug auf das Hilfspersonal und die Arbeiter anderer Berufe noch manches zu wünschen übrig bleibt.

Auf die 8 Sektionen der Genossenschaft verteilen sich die eingangs mitgeteilten Ziffern in folgender Weise:

Sektion	Zahl der versicherungspflichtigen Betriebe	Zahl der versicherten Personen	Summe der anrechnungsfähigen Jahresarbeitslöhne in Mt.	Durchschnittlicher Jahreslohn pro Kopf der Versicherten
1	2	3	4	5
I. Berlin	799	27 095	30 833 534,10	1 119,53
II. Breslau	235	8 961	6 796 435,46	758,45
III. Leipzig	934	84 271	33 920 154,60	989,76
IV. Hannover	500	15 888	14 952 132,27	941,10
V. Stettin	390	10 598	9 154 612,02	863,81
VI. Elberfeld	709	20 402	20 711 542,03	1 015,17
VII. Rahri. V.	309	9 866	9 333 870,94	945,86
VIII. Nürnberg	566	20 301	19 549 944,49	963,—
1912	4 442	147 382	144 750 235,57	982,14
1911	4 301	141 848	137 196 419,71	965,03
1910	4 171	137 899	131 968 235,02	956,99
1905	3 435	116 960	102 796 370,98	878,00
1900	2 933	96 869	74 193 176,20	765,91
1895	2 620	74 597	51 463 794,53	689,89
1888	1 677	51 630	34 859 931,08	615,19

Dem Tätigkeitsbericht des Genossenschaftsvorstandes ist zu entnehmen:

Mit dem Inkrafttreten des 3. Buches der Reichsversicherungsordnung am 1. Januar 1913, hat sich im Berichtsjahr für die Berufsgenossenschaft die Ausarbeitung einer neuen Satzung nebst einer Wahlordnung, sowie die Beschlußfassung über eine neue Dienstordnung mit Inbegriff der Versicherungspflicht gemacht, welche nach erfolgter Zustimmung der Genossenschaftsversammlung, auch vom Reichsversicherungsamt am 31. Dezember 1912 die Genehmigung erhalten hat, desgleichen ist mit Wirkung vom 1. Januar 1912 ein neuer Gehrentarif in Kraft getreten, welcher vom Reichsversicherungsamt durch Beschluß vom 7. Januar 1913 genehmigt wurde.

Die technische Abteilung ist durch die Anstellung von zwei weiteren Aufsichtsbearbeitern ausgebaut worden, so daß nun 4 technische Aufsichtsbearbeiter angestellt sind, die sämtlich in Berlin ihren Wohnsitz haben. Für die Betriebsüberwachung wurden 321 Besichtigungstage verwendet. Es fanden folgende Betriebsbesichtigungen statt.

Sektion I in 9 Orten in 81 Betrieben, mit 1804 Arb.	II " 9 " " 22 " " 816 "	III " 26 " " 85 " " 2273 "	IV " 14 " " 80 " " 1947 "	V " 26 " " 112 " " 3985 "	VI " 6 " " 25 " " 440 "	VII " 2 " " 17 " " 255 "	VIII " 36 " " 113 " " 3266 "
---	-------------------------	----------------------------	---------------------------	---------------------------	-------------------------	--------------------------	------------------------------

zusammen in 28 Orten in 535 Betrieben, mit 14792 Arb.

Insgesamt sind von den vorhandenen 4442 Betrieben 727 = 16,4 Proz. überhaupt noch nicht besichtigt worden, während bei 1878 Betrieben = 42,3 Prozent die Besichtigung länger wie 5 Jahre zurückliegt. Vertrauensmänner werden nach dem Statut der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft nicht bestellt. Das persönliche Verhältnis zu den Betriebsunternehmern wie zu den Versicherten bezeichnet der Bericht als ein gutes, der Zutritt zum Betriebe zwecks Besichtigung wurde nirgends verweigert, und nahmen die Betriebsunternehmer in der Regel an den Besichtigungen teil. In 12 Fällen wurde der Berufs-genossenschaft von den gewerblichen Aufsichtsbehörden Mitteilung von Anordnungen gemacht, welche Mitglieder der Berufsgenossenschaft betrafen. In einem Falle wurde einem sächsischen Betriebe verboten, Arbeiterinnen unter 18 Jahren an der Heftmaschine mit Fußbetrieb zu beschäftigen. Der Oberingenieur der Berufsgenossenschaft wurde in einem Fall seitens eines Gewerbegerichts als Sachverständiger zugezogen. Es handelte sich dabei um einen Schaden, den in einer Buchbinderei ein Zuschneider dadurch verursachte, daß er beim Einsetzen des Messers durch unvorsichtiges Eingreifen der Schneidemaschine einen Bruch der Maschine herbeigeführt hatte.

Von den im Berichtsjahre besichtigten 535 Betrieben waren 145 Steinrudereien, 11 Buntpapierfabriken, 94 Buchbindereien, 168 Kartonnagenfabriken, 45 Papierwarenfabriken, 11 Spitzenpapierfabriken, 18 Spielwarenfabriken, 10 Papierhülfsfabriken und 33 sonstige Betriebe. Hierbei waren insgesamt 5544 Anordnungen erforderlich (pro Betrieb durchschnittlich 10,0 Anordnungen). Nur in 13 dieser Betriebe waren Anordnungen überhaupt nicht erforderlich. Der Bericht konstatiert, daß bei der erfolgten Wiederbesichtigung sich in 120 Betrieben bezüglich der Unfallverhütung die Einrichtungen verschlechtert hatten. Von den an den Maschinen beanstandeten Mängeln entfällt der größte Teil (2800 Mängel in 393 besichtigten Betrieben) auf Maschinen zum Schneiden, Ausschneiden, Stangen, darunter an Papiererschneidemaschinen mit Zahnradantrieb in 228 Betrieben 762 Mängel wegen gefährlicher Stellung am Messerballen — und in 11 Betrieben 212 Mängel wegen fehlender Abschüttung der Zahnäder. An zweiter Stelle kommen die Mängel an Schnellpressen und Handpressen (Steindruck, Lichtdruck, Zinkdruck, Kupferdruck, Tiegeldruck und sonstigen Pressen) mit 2404 Beanstandungen in 249 Betrieben. Der Bericht hebt besonders hervor, daß bezüglich der Unfallverhütung noch sehr vieles zu leisten ist, um eine durchgreifende Besserung zu erzielen. Wenn dann gleich hinterher wieder betont



wäre durch die obigen Ziffern schon genügend begründet. Ueber die Ursachen, durch welche die Unfälle veranlaßt wurden, sucht der Bericht nur für die 578 entschädigungspflichtigen Unfälle Aufklärung zu geben, und zwar sollen davon veranlaßt sein durch

Table with 2 columns: Cause and Number of Accidents. Includes categories like Schuld von Mitarbeitern (11), Gefährlichkeit des Betriebes (9), ungenügende Anweisung (7), etc.

Nach Ansicht des Genossenschaftsvorstandes hätten sich von diesen Unfällen 109 = 18,9 Proz. seitens der Betriebsunternehmer und 139 = 24,0 Prozent seitens der Arbeiter durch bessere Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften vermeiden lassen; 100 = 17,3 Proz. fallen der Ungechlichkeit und Unachtsamkeit der Arbeiter zur Last, während 230 = 39,8 Proz. als schwer vermeidbar zu bezeichnen seien.

Als Arbeiter werden wir diese Ursachen wohl etwas anders beurteilen, wissen wir doch nur zu genau, auf welche Unterlagen sich diese Angaben stützen. Bei der Unfallverhütung hat der Unternehmer natürlich das größte Interesse daran, die Sache so einzustellen, daß entweder schwer vermeidbare Ursachen oder aber Ungechlichkeit oder Unachtsamkeit des Arbeiters vorliegt, während, wenn der Arbeiter einen Einfluß auf diese Ausnützung hätte, in der Mehrzahl der der Schuld des Arbeiters zur Last gelegten Fälle die selbst an den allergeringsten Maschinen übliche Antriebskraft durch Akkord- oder Prämienystem usw. als wahre Ursache der Unfälle sich ergeben müßte.

Bedauerlich ist auch, daß nur bei den entschädigungspflichtigen Unfällen nach den Ursachen geforscht wird, während für die größte Mehrzahl der gemeldeten Unfälle, bei welchen die Verunglückten in den ersten 13 Wochen auf Kosten der Krankenkassen geheilt werden, die Veranlassung zu dem Unfall meist gar nicht festgestellt wird.

Ueber die Art der durch die Unfälle entstandenen Verletzungen ist dem Bericht zu entnehmen, daß verletzten wurden:

und Kolleginnen unterstützt und so dafür sorgt, daß Not und Elend von den Mitgliedern ferngehalten wird, während alle diejenigen, welche aus Kurzsichtigkeit oder um die Beiträge zu sparen, abseits stehen, sich selbst am meisten schädigen. Von den Vorteilen bestochen, trat auch unserer „Provinzialer“ in den Verband ein und schon nach kurzer Zeit erfuhr er, als er wegen Arbeitsmangel entlassen wurde, wie segensreich die Arbeitslosenunterstützung wirkte. Doch nicht nur in Leipzig, sondern überall in West- und Norddeutschland, in Klein- und Großstadt war die erste Frage, „bist Du im Verband“ und immer halfen Gleichgesinnte dem Fremden bei der Arbeit und unterstützten ihn nach besten Kräften. Auch waren immer dort die besten Arbeitsverhältnisse, gute Löhne und anständige Behandlung anzutreffen, wo die Organisation festen Boden gefunden hatte. Wie anders dagegen, wo sich die Kollegen nicht vertragen, wo eins im anderen den Konkurrenten sah, wo Speichelleckerei und Kriechertum zu Hause war; dort waren neben niederen Löhnen, langer Arbeitszeit, wegwerfender Behandlung auch familiäre und sonstige Mißstände in Hülle und Fülle vorhanden.

Lieber Leser und freundliche Leserin, auch an Dich geht der Ruf mitzuhelfen und neue begeisterte Kämpfer zu werben, und dafür zu sorgen, daß der belebende Hauch der Arbeiterbewegung in alle Herzen und Köpfe dringt, gilt es doch der größten Aufstrebung, der Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus, die Wege zu ebnen.

Table with 2 columns: Injury Type and Percentage. Includes categories like Verbrennen, Verbrühen usw. (105%), Wunden, Quetschungen, Knochenbrüche usw. (1552%), etc.

Die Summen der gezahlten Entschädigungen stellten sich im Jahre 1912 auf insgesamt 615.961,78 Mark. Davon entfallen auf eigentliche Unfallrente 534.856,43 Mk., auf Kosten des Heilverfahrens 12.466,16 Mk., auf Abfindungen an Verletzte 14.209,04 Mk., auf Renten an hinterbliebene Ehegatten, Kinder, Enkel und sonstige Verwandte von Getöteten 38.959,87 Mk., auf Renten an die Ehegatten, Kinder, Enkel und sonstige Verwandten von in Seifenanstalten untergebrachten Verletzten 2059,03 Mk. und auf Kur- und Verpflegungskosten 12.506,45 Mk. Außerdem sind noch nach § 76c des Krankenversicherungsgesetzes in den ersten 13 Wochen als Fürsorge für die Verletzten an Kosten für Heilverfahren sowie Kur- und Verpflegungskosten gezahlt worden 14.634,35 Mk.

Letzterer Posten hat seit dem Inkrafttreten dieser Gesetzesbestimmung im Jahre 1904 keine Steigerung erfahren, sondern es ist gegenüber allen Vorjahren in dieser Beziehung die Ausgabe eine bedeutend geringere geworden, ein Beweis, daß die Berufsgenossenschaft von dem ihr zustehenden Recht, das Heilverfahren schon in den ersten 13 Wochen nach dem Unfall (für welche Zeit die Krankentafeln einzuführen haben) einzuleiten, in immer weniger Fällen Gebrauch macht. Auch dieser Umstand ist zu bedauern und zeugt von falscher Sparsamkeit, denn es ist im allgemeinen Interesse sowohl der Berufsgenossenschaft wie auch der Versicherten gelegen, wenn vorbeugend gut zu heilen versucht wird, weil dadurch später an Renten eventuell sehr viel erspart werden kann.

Die Aufstellung über die im Jahre 1912 erfolgten Verurteilungen und Rekurse gegen die Erledigung der einzelnen Rentenansprüche läßt nur erkennen, daß insgesamt 1476 berufsfähige Bescheide erlassen wurden, von denen 599 die Amendbarkeit des § 88 G.U.V.G. betrafen. Die Zahl der eingelegten Berufungen betrug 395, davon 59 aus dem Jahre 1911. Hiervon wurden 199 zugunsten der Genossenschaft, 103 zugunsten der Verletzten und 34 durch Vergleich oder Zurücknahme erledigt, während 57 noch unerledigt blieben. In 114 Fällen wurde gegen diese Urteile der Schiedsgerichtliche Rekurs beim Reichsversicherungsamt eingelegt, welches 35 Fälle zugunsten der Genossenschaft und nur 16 zugunsten der Verletzten erledigte. 1 Rekurs wurde zurückgenommen und 62 blieben unerledigt.

Von den entschiedenen Berufungen sind daher 65,9 Proz. und von den entschiedenen Rekursen 68,6 Proz. zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur 34,1 bezw. 31,4 Proz. zugunsten der Verletzten ausgefallen. Außerdem wurden von der Genossenschaft noch in 260 Fällen nach § 88 Abs. 3 G.U.V.G. Anträge auf anderweitige Festsetzung der Entschädigung gestellt, und zwar in 106 Fällen auf Erhöhung und in 153 Fällen auf gänzliche Aufhebung derselben. Die Erledigung dieser Anträge ergab in 103 Fällen die gänzliche Aufhebung und in 84 Fällen eine Herabsetzung der Rente, so daß auch hier in den weitaus meisten Fällen zugunsten der Genossenschaft den Verletzten die Bezüge erheblich beschnitten oder ganz entzogen wurden. Diese günstigere Position der Berufsgenossenschaft gegenüber den Verletzten ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß jene infolge ihrer besseren juristischen Kenntnisse und der damit bedingten größeren Schlagfertigkeit den Rechtsweg weit besser beherrscht als wie der Verletzte, dem es oft schwer fällt, selbst gegen offensbare Ungerechtigkeiten der Berufsgenossenschaft mit Erfolg anzukämpfen. Der Arbeiterschaft kann daher nicht oft genug empfohlen werden, sich mit den Bestimmungen der Arbeiterversicherungsgesetze mehr vertraut zu machen und bei allen Vorkommnissen unverzüglich bei den bestehenden Arbeiterssekretariaten sich Rat zu holen.

Arbeiterferien!

Wir leben in einem Zeitalter der Nervosität. Während man in den alten Zeiten die Nervosität als eine Krankheit der reichen Leute betrachtete, hat die Zahl der Nervenkranke auch unter der arbeitenden Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten sehr stark zugenommen. Diese Erscheinung hängt mit der gesamten Umwandlung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zusammen, sie tritt besonders deutlich hervor, wenn man die Arbeits- und Lebensverhältnisse des Mittelalters zum Vergleich heranzieht. Damals war die Arbeit nicht so intensiv wie in der modernen Zeit. Der Meister arbeitete zusammen mit seinen Gesellen, und es lag in seinem eigenen Interesse, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Auch war die Arbeitsstunde eine viel größere als in der modernen Zeit. Im Mittelalter hatte der Geselle ein ganzes Produkt zu machen. Er war über das Resultat seiner Arbeit stolz, denn das Produkt war seine eigene Schöpfung von Anfang bis zu Ende. Anders liegen die Verhältnisse beim modernen Arbeiter. Dieser sieht nicht das fertige Produkt seiner Arbeit, weil er immer nur irgendein Teilchen eines Gegenstandes herstellt und das Ganze erst eine Anzahl Hände passieren muß, ehe es gebrauchsfähig wird. Die moderne, streng durchgeführte Arbeitsteilung hat eine eintönige, sinnlose Arbeit geschaffen, die eine große Gefahr für die geistige Ausbildung der Arbeiter bedeutet und für deren Gesundheitszustand von großem Nachteil ist.

Um diesen schädlichen Wirkungen der modernen Arbeitsweise entgegenzutreten, entstanden die Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit. Aber in der letzten Zeit begnügt man sich nicht mehr damit, einen kürzeren Arbeitstag zu fordern; man ist bestrebt, dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, sich während einiger Zeit ganz auszurufen, ihm Ferien zu geben, was sich bei näherer Betrachtung als ebenso nützlich wie notwendig erweist. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1911 von 13.619.048 Versicherten 42 Proz. im Durchschnitt je 20 Tage im Jahre krank waren, wodurch den Krankenkassen insgesamt 357.468.396 Mk. Kosten entstanden, daß auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes im Jahre 1910 an 1.152.985 Personen 187.004.000 Mk. ausbezahlt wurden, so drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob man nicht durch Gewährung von Ferien den größten Teil dieser Kosten sparen könnte. Ganz gewiß kann die Ferienbewilligung dazu beitragen, daß die Gesundheit der Arbeiterbevölkerung erhalten und gefördert wird. Ein praktischer Arzt Dr. Friedrich Keller urteilt darüber in einer Schrift, die sich besonders mit den Nervenkrankheiten befaßt, wie folgt:

„Die großen sozialen Versicherungsgesellschaften geben jährlich Millionen zur Bekämpfung der Tuberkulose aus. Würden sie Arbeiterferien und Arbeiterbeurlaubungen ermöglichen, so würden sie nicht nur vorbeugend gegen Nervenleiden, sondern auch gegen die Tuberkulose wirken; denn die Kräftigung des Körpers und seiner Organe wappnet den unter ungünstigen Verhältnissen lebenden Menschen nicht nur gegen Nerven-, sondern auch gegen Lungenerkrankungen und andere Gesundheitsstörungen.“

Ein anderer Arzt, Dr. med. Alfons Fischer, schreibt in der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“ zu der Ferienfrage:

„Es gibt, wie jeder in der Praxis stehende Arzt bestätigen wird, eine Reihe von Krankheitszuständen, in denen jedes Mittel versagt, wogern nicht eine Luftveränderung Platz greift. Es sind dies gewöhnlich nicht die schweren, mit ganzer Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungen. Bei Reichthum, Blüthe, Nervosität, Entkräftungen der Atmungsorgane und anderen mehr, also bei Krankheiten, die zumeist zu einer unmittelbaren Arbeitsunterbrechung nicht führen, aus denen aber, wenn nicht rechtzeitig die erforderlichen Gegenmaßnahmen getroffen werden, tiefere liegende Uebel sich entwickeln können, so wird von Krankenkassen und Arbeitgebern sehr vielfach schon die Ueberweisung an einen Kurort bewilligt.“

Aber man sollte nicht abwarten, bis eine Krankheit sich zeigt. Es weiß nachgerade jeder, daß die Krankheitsverhütung mehr wert ist als die Heilung. Der größte Teil der Erwerbstätigen ist heutzutage einer Summe von Gesundheitschädigungen durch seinen Beruf ausgesetzt. Dies gilt insbesondere für solche Personen, die mit giftigen Stoffen in Verbindung kommen und die angreifenden Gasen oder widerlichen Gerüchen ausgesetzt sind; es trifft aber auch für alle diejenigen zu, die viel Staub, sei es Asten- oder Mehlstaub, einatmen müssen, die zu wenig Zeit für eine tägliche

Erholung in frischer Luft oder für sportliche und der Gesundheit dienende Beschäftigung finden. Bei diesen nach Millionen von Personen zählenden Bevölkerungsgruppen darf man, wenn man auf das Wohl des einzelnen wie des Volksganzen bedacht sein will, nicht erst die Zeit herankommen lassen, wo eine Erkrankung in die Erscheinung tritt; hier heißt es rechtzeitig vorbeugen. Und das wirksamste Mittel für eine Prophylaxe in dieser Richtung ist ein alljährlicher Erholungsurlaub.

Bemerkt sei jedoch, daß Ferien von nur zwei bis drei Tagen so gut wie ganz zwecklos, bisweilen sogar schädlich sind. Was soll ein Angestellter oder Arbeiter mit einer so kurzen Zeit beginnen? Ein Erholungsurlaub, der in Wahrheit Nutzen stiften soll, muß wenigstens eine Woche lang währen; nur dann wird der beachtliche Zweck, die körperliche und seelische Auffrischung, erreicht werden."

Trotzdem die Arbeiterferien von so großer Wichtigkeit für die Gesundheit der Arbeiter sind, ist auf diesen Gebieten noch kein nennenswerter Fortschritt zu verzeichnen. Die Arbeiter haben erst in den letzten Jahren begonnen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, früher hatten sie sich zunächst die elementarsten Forderungen in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit und auf Lohnerhöhungen zu erkämpfen, und erst jetzt, nachdem sie eine organisierte Macht darstellen, denken sie daran, auch Ferien für sich zu fordern.

Welche Stellung nehmen nun die Unternehmer zu der Frage der Arbeiterferien? Eine Umfrage, die der Zentralverband deutscher Industrieller im Jahre 1910 veranfaßt hat, ergab folgende Resultate:

Die Hälfte der befragten Unternehmungen wußten über diese Einrichtung nichts mitzuteilen, da sie bei ihnen nicht eingeführt ist. Ein Drittel der anderen Hälfte sprach sich entschieden dagegen aus. Die übrigen zwei Drittel standen den Arbeiterferien sympathisch gegenüber. Manche Unternehmer führten schon längst die Ferien ein, aber nur wenige taten das aus reiner Menschenfreundlichkeit. Die meisten bezweckten damit entweder, die Leute an den Betrieb zu fesseln oder durch die Arbeiterferien sich eine treue Schar von Arbeitern zu schaffen, die besonders in Streikfällen von Nutzen sein könnte. Die Gegnerschaft der Einführung von Arbeiterferien motivierte ihre Stellungnahme mit betriebswirtschaftlichen und mit sozialpolitischen Gesichtspunkten.

Die Vertreter der Wissenschaft sowohl wie auch die Gewerbeaufsichtsbeamten stellten sich in ihrem Urteil über den Wert der Arbeiterferien einstimmig auf den Standpunkt, daß diese sowohl für die Unternehmer als auch für die Arbeiter von großem Nutzen sind, und alle Einwendungen, welche aus den Unternehmerkreisen gegen die Arbeiterferien erhoben werden, sich als unbegründet erweisen.

Der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Professor G. Franke, schrieb darüber:

„Was nun meine persönliche Stellung zur Frage des Arbeiterurlaubs anbetrifft, so halte ich die Gewährung eines Urlaubs mit fortlaufender Lohnzahlung für alle gewerblichen Arbeiter, ebenso für die Privatangestellten für ein Gebot der Volksgesundheit und Menschlichkeit. Unbedingt notwendig ist Arbeiterurlaub in allen mit besonderen Gefahren und Beschwerden für Gesundheit und Leben verbundenen Betrieben. Aber auch wo diese Voraussetzungen nicht zutreffen, macht die Haft des modernen Arbeitsbetriebes und des modernen Lebens eine zeitweilige Ausspannung notwendig. Der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitslohn wird für den Unternehmer reichlich durch Erhöhung der Arbeitsfreude und körperliche Erleichterung wieder eingebracht. Der Arbeiter aber, der diese Erholungszeit richtig benützt, wird ebenfalls reichen Gewinn für Leib und Seele davontragen. Selbstverständlich ist, daß überall mit dem Urlaub die Fortzahlung des Lohnes verbunden sein muß. Daß die Erfahrungen mit dem Urlaub ganz vorwiegend günstige sind, darf als feststehende Tatsache bezeichnet werden.“

Der bekannte Professor Adolf Wagner äußerte sich folgendermaßen:

„Prinzipiell scheint mir die Frage einer Berechtigung von Urlaubszeiten auch für Handarbeiter besetzt werden zu müssen. Die Entwicklung der modernen Technik macht die Gewährung solcher Urlaubszeit, anders ausgedrückt, von „Ferien“, auch für solche Arbeiter ökonomisch immer mehr möglich, und ist sie nur eine der Forderungen, deren Erfüllung erst die technische Entwicklung für große Volksteile segensreich werden läßt.“

Für unseren Beruf ist die Gewährung von Ferien an die Arbeiter verhältnismäßig noch recht selten zu finden, und wo vereinzelt solche bestehen, da ist deren Gewährung in den meisten Fällen auch

nur als eine Wohlfahrts-Einrichtung des Unternehmers und nur selten als tariflich garantiertes Recht der Arbeiter zu betrachten. Eine von unserem Verbandsvorstand im Herbst 1911 veranfaßte diesbezügliche Umfrage, deren Ergebnis in Nr. 27 der Buchbinder-Zeitung vom Jahre 1912 veröffentlicht ist, ergab leider infolge des sehr kurzen Termins für die Beantwortung ein ganz unvollkommenes Bild über den Umfang der Feriengewährung, da nur aus 40 Orten positive Angaben gemacht wurden, nach denen damals in 256 Betrieben zusammen 2388 Personen den Genuß von Ferien hatten, und zwar in einer Dauer von 2 bis zu 12 Tagen, die jedoch immer nur nach einer gewissen Dauer der Beschäftigung im gleichen Betrieb gewährt wurden. Dieses Bild, welches damals schon kein vollständiges war, ist heute natürlich bei weitem nicht mehr zutreffend, da ja das Streben nach tariflicher Regelung der Ferienfrage auch in unseren Reihen immer mehr hervortritt und vereinzelt Ergebnisse in dieser Beziehung wohl auch schon zu verzeichnen sind. Besonders die Kollegenschaft unserer norddeutschen Zahlstellen, wie in Bremen, Hamburg-Altona, Hannover usw. hat die Forderung der Feriengewährung bisher schon bei ihren Lohnbewegungen mit erhoben, und kann dieses auch anderen Orten nur empfohlen werden. Wo bisher in unserem Beruf Ferien bestehen, da erstreckten sich diese meist nur auf Buchdruckereien und größere Betriebe der Geschäftsbuchbranche, während in der eigentlichen Buchbinderei — besonders auch in den Großbetrieben —, sowie in der Kartonnagen-, Glais-, Luxuspapier- und Papierwarenbranche mit ganz wenigen Ausnahmen die Forderung der Gewährung von Ferien bei den Unternehmern den allergrößten Widerstand findet.

Von einer richtigen Feriengelt kann selbstverständlich nur dann die Rede sein, wenn dem Arbeiter während der Dauer derselben zum mindesten auf der üblichen Lohn ungekürzt fortgezahlt wird. Das ist aber durchaus nicht überall der Fall, sondern in manchen Betrieben wird die Lohnzahlung während der Feriengelt aus den von den Arbeitern im Laufe des Jahres aufgebrauchten Strafgebern bestritten. Dann ist leider auch zu konstatieren, daß die weislichen Beschäftigten vielfach von der Feriengewährung ganz ausgeschlossen sind. Wie wir bereits anführten, sind bisher auch in unserem Beruf in den wenigen Fällen, wo dem Personal Ferien gewährt werden, diese von den Unternehmern nur freiwillig eingeführt. Auch dieses ist für die Arbeiterschaft gewiß von Nutzen, der richtige Erfolg wird aber erst damit erreicht werden, daß dem Arbeiter ein Recht auf regelmäßige jedes Jahr wiederkehrende Ferien von nicht zu kurzer Dauer und unter Fortzahlung des üblichen Lohnes sowie möglicher Gewährung eines besonderen Zuschusses gesichert wird.

Bei allen Lohnbewegungen sollte daher in Zukunft auch die Gewährung von Ferien für die Arbeiter und Arbeiterinnen bei den Forderungen mit berücksichtigt und auf deren Durchführung ein ganz besonderer Wert gelegt werden. Die Arbeiterschaft hat bisher schon manche Wünsche und Forderungen durch ihre Organisation durchzusetzen vermocht. Mit der Zeit muß trotz des heftigen Widerstandes mancher Unternehmerkreise auch die Forderung der Arbeiterferien siegreich durchzuführen sein.

**Aus unserem Beruf.**

**Unternehmererregungen.**

Der Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten hielt seine diesjährige ordentliche Generalversammlung am 20. Juni in Dresden ab. Der 1. und 2. Vorsitzende, Dr. E. F. Muggensturm und K. Kullig in Nürnberg, waren infolge Krankheit verhindert und wurde daher vom Kassierer Graupner-Hannover die Versammlung geleitet. Ein Geschäftsbericht wurde nicht gegeben, sondern, da der Jahresbericht sehr umfangreich ausgefallen sei und dessen Verlesung zu lange Zeit in Anspruch nehmen würde, soll dieser auf Beschluß des Vorstandes verbieftigt und so den Mitgliedern zugänglich gemacht werden. Dem Kassierenbericht ist nur zu entnehmen, daß Einnahme und Ausgabe sich ungefähr die Wage halten. Bei der Neuwahl der Vorstandschaft wurde beschlossen, den Sitz des Zentralverbandes von Süddeutschland nach Dresden zu verlegen. Die bisherigen beiden Vorsitzenden haben eine Wiederwahl abgelehnt. Herr Dreifuß-Muggensturm wurde in Anerkennung seiner Ber-

dienste um das Zustandekommen und die Weiterentwicklung des Zentralverbandes zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Zum 1. und 2. Vorsitzenden wurden die Herren Würdner und Lehner in Dresden gewählt. Da der bisherige Geschäftsführer, Herr Vosse-Nürnberg, seinen Wohnsitz nicht nach Dresden verlegen wollte, wurde das Schriftführeramt ehrenamtlich an Herrn Richard Teich in Dresden, den Leiter der „Kartonnagen-Zeitung“, übertragen. Zum Kassierer wurde Herr Graupner-Hannover wiedergewählt und zu Beisitzern die Herren Rich. Cite-Berlin, F. Wüd-Buchholz, A. Desterheld-Gotha, E. Beder-Barmen, G. Oblesopf-Hannover, A. Kullig und A. Schönberg-Nürnberg und H. Baer-Frankfurt a. M. bestimmt.

Die Verzungskommission für Schiedsgerichte soll in der bisherigen Weise bestehen bleiben. Einem vom Süddeutschen Verband gestellten Antrag entsprechend wurde eine Neuorganisation des Zentralverbandes beschlossen in der Art, daß den bestehenden großen Unterverbänden empfohlen wird, sich aufzulösen, um deren Mitglieder als Ortsvereinigungen oder Einzelmitglieder im Zentralverband weiterzuführen. Die Klassenbestände diese Unterverbände sollen der Zentralverbandsliste zugeführt werden.

Für die Mitgliederbeiträge wurde eine anderweitige Staffelung beschlossen, wodurch die größeren Betriebe stärker zu den allgemeinen Aufwänden des Verbandes herangezogen, den Inhabern kleinerer Betriebe und den Einzelmitgliedern dagegen eine Erleichterung gewährt ist. — Der Gesamtvorstand wird beauftragt, eine Aenderung der Satzungen entsprechend den erfolgten Beschlüssen vorzunehmen. — Ueber weitgehende Einführung von Schiedsgerichten bei Streitfragen unter Mitgliedern referierte Herr Schönberg-Nürnberg. Der Bericht der „Kartonnagen-Zeitung“ erwähnt hierüber nur, daß der Referent empfahl, beim Schiedsgericht besonderen Wert darauf zu legen, daß keine Formfehler vorkommen. Eine weitgehende Einführung von Schiedsgerichten hielt die Versammlung zurzeit nicht für geboten. — Die Konkurrenz einzelner Pappenfabrikanten, welche Zuschnitte direkt oder indirekt an Verbraucher liefern, macht den Mitgliedern des Zentralverbandes schwere Sorgen. Die Generalversammlung beschloß daher, der Vorstand des Zentralverbandes soll auf die betreffenden Lieferanten einwirken, daß die Lieferung nur zu solchen Preisen erfolgt, welche die Konkurrenz eines Kartonnagenfabrikanten zu nutzbringenden Preisen ermöglichen. — Eine längere Aussprache entspann sich noch darüber, ob es zweckmäßig sei, dem Zentralverband durch Anschluß an andere größere Vereinigungen die Arbeit zu erleichtern. Hierzu will der Gesamtvorstand im nächsten Jahre Bericht erstatten, welcher der bestehenden Vereinigungen beizutreten man für empfehlenswert halte. Die nächstjährige Generalversammlung soll in Leipzig tagen. — Der Tagung schloß sich am andern Tag eine Besichtigung des Fabrikabstimmens der Sächsischen Kartonnagen-Maschinen-A.G. in Dresden an.

Soweit der in der „Kartonnagen-Zeitung“ veröffentlichte Bericht über die fünfständigen Verhandlungen der Generalversammlung. Im wesentlichen galt es gefassten Beschlüsse dem inneren Ausbau und der Stärkung der Organisation des Zentralverbandes. Ein Ansporn für die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche, auch ihrerseits für die Stärkung der für sie zuständigen Organisation einzutreten durch Zuführung aller noch fernstehenden Berufsangehörigen in den Deutschen Buchbinderverband. —

Zur Gründung eines Verbandes süddeutscher Gesteinfabrikanten und Grobhändler tagte am 20. Juni in Heidelberg die 4. konstituierende Hauptversammlung, welche zahlreich besucht war und den vorliegenden Satzungsentwurf einstimmig genehmigte. Bei der vorgenannten Vorstandswahl wurden die Herren A. Lang, in Firma J. Langs Buchhandlung, Karlsruhe, A. Schneider, in Firma Baier u. Schneider, Heilbronn, E. Calmbach, in Firma A. Ehrhardt, Karlsruhe, und E. Freudenberger, in Firma Konordia, Wühl, in den Vorstand gewählt. —

Der Bund Deutscher Buchbinderinnungen wird seinen diesjährigen 34. Verbandstag vom 2. bis 6. August in Nürnberg abhalten. Die zur Verhand-

lung stehende Tagesordnung umfaßt insgesamt 27 Punkte, zu deren Erledigung an zwei Tagen 4 bzw. 7 Stunden vorgeesehen sind, während die ganze übrige Zeit den sonstigen festlichen Veranstaltungen vorbehalten bleibt. — Des Eindrucks, daß bei den Tagungen der Unternehmervereinigungen die dem Vergnügen der Teilnehmer dienenden Veranstaltungen weit mehr Zeit und Aufwendungen beanspruchen als wie die eigentlichen geschäftlichen Verhandlungen, können sich, wie es scheint, auch einzelne Innungsmeister nicht mehr erwehren. Anders ist es wenigstens nicht zu verstehen, wenn die Dresdener Innung beantragt: „Der Verbandstag wolle den Landes- und Provinzialverbänden den Wunsch aussprechen, die festlichen Veranstaltungen bei Verbandstagen bzw. Hauptversammlungen möglichst einzuschränken.“ —

**Geschäftsergebnisse.**

Dem Geschäftsbericht der Lugaspapierfabrik W. Hagelberg in Berlin für 1912 entnehmen wir folgendes:

„Die von uns zur Hebung unseres Geschäfts ergriffenen Maßnahmen haben sich in dem Berichtsjahr schon teilweise bewährt. Unsere Bilanz zeigt zwar noch einen kleinen Verlust; gegenüber dem bedeutenden Verlust im Vorjahr ist das Ergebnis doch ein großer Fortschritt. Trotzdem die ungünstige Geschäftslage sich noch verstärkte, ist es uns doch gelungen, den Gesamtumsatz erheblich zu steigern. Diese Steigerung und infolgedessen der Mehrertrag gegenüber dem Vorjahre stammt allerdings nur aus unseren Berliner und Londoner Häusern, während die Zweigniederlassung New York einen beinahe ebenso großen Verlust wie 1912 zeigt. Die Aussichten für die Zukunft unseres Unternehmens erscheinen günstiger als im Vorjahre. Wir rechnen auf Grund der Umsatzziffern auf fortschreitende Besserung unseres Berliner und Londoner Hauses. Der Geschäftsgang in Nordamerika dürfte zwar durch die erwartete geringe Herabsetzung der Zölle auf unsere Artikel keine zu große Belebung erfahren, doch hoffen wir, daß die vollständig neue Organisation, welche wir in New York durchgeführt haben, im kommenden Geschäftsjahr ihre Früchte tragen wird.“

Wir haben nach Abzug der Geschäftskosten und Zinsen einen Gewinn von 428 564 M. erzielt. Die Abschreibungen betragen 371 102 M. Der Verlust unserer Zweigniederlassung New York beträgt 78 592 M., so daß mithin ein Fehlbetrag von 23 130 Mark vorhanden ist. Der Vorstand schlägt vor, diesen Fehlbetrag dem Reservefonds zu entnehmen. Der Saldo des Reservefonds lautet 38 379 M., so daß nach Abzug der 23 130 M., als Saldo des Reservefonds 15 249 M. bleiben.“ —

Einen recht guten Abschluß verzeichnet die Kunstanstalt vorm. E. Gold u. Kiefling, Kt.-Ges. in Leitelschtein-Crimmitschau. Das Unternehmen, welches für das abgelaufene Geschäftsjahr wieder eine Dividende von 16 Proz. vorschlägt, erzielte einen Reingewinn von 260 164 M. Der Bericht des Vorstandes stellt fest, daß die im Vorjahre angekündigte Erweiterung der Fabrikanlage zur Ausführung gekommen ist. Die Neuanlage konnte voll ausgenutzt und ein dementsprechend gutes Ergebnis erzielt werden. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig den Geschäftsbericht nebst Abschluß, wonach 16 Proz. Dividende verteilt und 39 196 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Verwaltung teilte mit, daß der im neuen Jahre vorliegende Auftragsbestand ziemlich dem des Vorjahres entspreche.“ —

E. A. Schwerdtfeger u. Co. Kt.-Ges., Lugaspapierfabrik in Berlin. Die Gesellschaft hat laut Mitteilung der Verwaltung im Geschäftsjahr 1912/13 nach Abschreibungen, die als reichlich bezeichnet werden (i. R. 229 865 M.), einen Reingewinn von 86 750 M. erzielt. Hieron wird zunächst der aus dem Vorjahre übernommene Verlustvortrag von 77 264 M. gedeckt; der Rest soll teils dem Reservefonds und teils dem Debitorenkonto überwiesen werden.“ —

A. Radtke Kt.-Ges., Lugaspapierfabrik und Chronolithographische Kunstanstalt in Berlin. Diese Gesellschaft schloß das am 31. März 1913 beendete Geschäftsjahr mit einem Verlust von 16 176 Mark. Zugüglich 9447 M. Vortrag aus dem Vor-

jahr beläuft sich der Verlustvortrag auf 25 623 M. Das Aktienkapital beträgt 400 000 M. —

Motophot A.-G. für graphische Industrie in Berlin. Dem Jahresbericht des Unternehmens nach ist die Gesellschaft zwar erst im Dezember 1912, also im letzten Monat des Berichtsjahres gegründet bzw. eingetragen worden, gleichwohl umfaßt der Bericht das ganze Kalenderjahr 1912, weil die neue Aktiengesellschaft sofort nach der handelsgerichtlichen Eintragung jagungsgemäß sämtliche Geschäftsanteile der inzwischen in Liquidation getretenen Motophot-Gesellschaft mit beschränkter Haftung erworben und deren gesamten Betrieb übernommen hat. Es kann eine günstige Entwicklung des gesamten Betriebes in allen Abteilungen festgestellt werden und es ist gelungen, durch Erhöhung des Umsatzes in der ständig voll beschäftigten Abteilung „Bromsilberdruck“ ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen. Auch die nach und nach in Betrieb genommene Abteilung „Tiefdruck“ hat sich zufriedenstellend entwickelt. Dazu bemerkt der Bericht noch: Wir haben uns jedoch nicht darauf beschränkt, für den zukunftreichen Tiefdruck eine neue Abteilung unseres Druckereibetriebes zu bilden, sondern es ist uns auch gelungen, unserer Gesellschaft in der ganzen internationalen Tiefdruckbewegung eine führende Stellung zu sichern. Der Abschluß ergibt einen Rohgewinn von 641 256 M. Nach Abzug der Unkosten von 285 572 M. und der Abschreibungen von 163 314 M. bleibt ein Reingewinn von 192 369 M., aus dem u. a. 15 Proz. Dividende verteilt und 14 174 M. vorzutragen sollen. Vom laufenden Jahre sagt der Bericht: „Die Umsätze der ersten sechs Monate des Jahres 1913 berechnen zur Erwartung, daß das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres ebenfalls befriedigend sein wird, da der gesamte Betrieb andauernd voll beschäftigt und auch für die nächste Zeit mit Aufträgen versehen ist.“

**Bucheinbände in Menschenhaut.**

Heber den Verkauf eines in Menschenhaut gebundenen Buches haben wir in Nr. 15 der „Buchbinder-Zeitung“ berichtet. Jetzt entnehmen wir der „Neuen Freien Presse“ in Wien, daß der verstorbene Nektar Cheramy in Paris zwei Bücher hinterlassen hat, welche Aufsehen erregten. Ein Werk von Emile Deschanel: „Was man Gutes und Böses von den Frauen sagte“, und eine Anthologie der Gedichte Anaktrens, deren Bucheinband gegerbte Menschenhaut darstellt, und zwar der erste von einer Weizen, während die naturfreundliche Poesie Anaktrens, auf Chinapapier präsentiert, von einer absonderlich düsteren Hülle eingeschlossen ist, die nach dem unansehnlichen Zeugnis dreier ehrenwerter Zeugen aus der Haut einer Negerin gewonnen wurde. Den zahllosen Besuchern, die während der letzten Woche im Hotel Drouot defilierten und diese seltsamen Reliquien in Augenschein nahmen, mochte wohl ein leiser Schauer über dem Rücken gehen, da sie die Finger über dieses sanft königliche matte Leder gleiten ließen. Man hat mittlerweile auch erfahren, daß sich Cheramy dieses Material von einem Laboratoriumsdieners verschafft hatte, der es zwei im Obduktionsaal aufbewahrten Leichnamen entnahm, und daß die Prozedur des Gerbens mehrere Monate in Anspruch genommen hatte. Uebrigens war Cheramy nicht der einzige Pariser, der sich in derlei Raffinement geübt. Ein heute noch lebender Procureur der Republik besitzt zwei Kartentäschchen, die aus der Haut des Mörders Franzini angefertigt wurden, und in Sammlerkreisen kennt man den Namen eines Kuriositätenhändlers in Cincinnati, der sich die „Empfindsame Reise“ von Sterne und den „Tritram Shanby“ desselben Autors in die Haut einer Mulatin bzw. einer Chinesin binden ließ. Außerdem soll in Paris der berühmte Astronom Camille Flammarion ein Exemplar seines Wertes „Terre et Ciel“ besitzen, das in ein schneeiweißes, feinförniges Leder gebunden ist, welches im Laufe von 30 Jahren nicht die geringste Nachdunkelung erfuhr. Und die Geschichte dieses Budeinbundes ist ein kleiner, origineller Roman. Flammarion hatte damals einige Sommerwochen in einem Schlosse des Jura verbracht, bei der Komtesse des Saint-A. . . die eine passionierte Schrämmerei für den Dichtergelehrten hegte. Sie war sehr schön und sollte jung sterben, kaum dreißigjährig, an einem Brusttubel. Einige Tage nach ihrem Tode erhielt Flammarion von dem Hausarzt der Komtesse folgenden Brief: „Teurer Meister! Ich erfülle mit der

beiliegenden Sendung den Wunsch einer Toten, die Sie immer geliebt hatte. Sie ließ mich schwören, daß ich Ihnen am Morgen nach ihrem Tod die Haut ihrer schönen Schultern überfenden werde, die Sie so bewundert hatten, und ihr Wunsch ist, daß Sie in diese Haut Ihr erstes Werk binden lassen, das nach dem Tode der Komtesse erscheinen wird.“ Flammarion hat es nicht verjähmt, diesen Wunsch einer Sterbenden zu erfüllen, und der Besucher kann einen Bucheinband bewundern, der in seiner Art wirklich ein Meisterwerk ist; der Schnitt ist von leuchtendem Purpur, mit kleinen Goldsternen, um dem Autor die blindevenden Sommernächte des Jura wachzurufen, und der Rücken trägt in Goldbuchstaben den Titel: Souvenir d'une morte. . .

**Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912.**

Für die deutsche Gewerkschaftsbewegung sind die Gewerkschaftskartelle ein sehr wichtiger Faktor, dessen Bedeutung nicht genug geschätzt werden kann und eher eine größere, als geringere Würdigung verdient. Man verzieht unter dem Namen „Gewerkschaftskartelle“ örtliche Vereinigungen der Filialen der Zentralverbände zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen und zur Schaffung gemeinsamer Einrichtungen am Orte. Es gab eine Zeit, in der diese örtliche Organisation sogar das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Bewegung bildete. Das waren die Anfangsjahre gewerkschaftlicher Entwicklung, als die Zentralverbände noch langsam der erforderlichen örtlichen Nachorganisationen entwichen, als ihr zentraler Apparat noch zu schwach war, um das gewerkschaftliche Leben bis in die feinsten lokalen Verzweigungen hinein zu regulieren, als der vermittelnde Einfluß einer Gau- oder Bezirksorganisation fast allenthalben noch fehlte und der Zusammenprall von Arbeitern und Unternehmern zur primitivsten Solidaritätsaktion zwang. Damals waren die örtlichen Kartelle vielfach das finanzielle Rückgrat der Gewerkschaften in Lohnkämpfen. Die Erhaltung und Vervollkommnung der Zentralverbände löste diese Wirkamkeit der Kartelle ab und wies ihnen dafür eine Reihe anderer wichtiger Aufgaben zu. Und es gewinnt gegenwärtig den Anschein, als ob gerade im Rahmen der Gewerkschaftskartelle die Arbeit und die Kräfte eine bedeutende Steigerung erfahren werden. Die Gewerkschaftsorganisation, die im letzten Jahrzehnt meist extensiv betrieben, in die kleinen Landstädte und Landorte hinausgetragen wurde, ist durch die Einrichtung sog. selber Organisationen gezwungen, sich wieder mehr intensiv zu betätigen. Dazu drängt auch der wachsende Einfluß der Tarifverträge und der paritätischen Arbeitsnachweise, die die einheitliche Organisation der Arbeiter zur dringenden Pflicht machen. Die Dezentralisation der Arbeiterversicherungsanstalten erschleicht einen Ausbau der Kartellorganisation im Sinne wirksamerer Rechtshilfe und die gemeinsame Durchführung der „Volksfürsorge“ wird wiederum ganz wesentlich auf der Mitarbeit der Kartelle beruhen. Man kann ruhig erklären, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung neben der hochentwickelter Verbände auch auf der Arbeit der Gewerkschaftskartelle beruht und ohne dieselbe kaum denkbar wäre, und man kann nur wünschen, daß die Kartelle immer mehr erstarken und sich ihren Aufgaben auch gewachsen zeigen.

Es bestanden 1912 744 Kartelle, von denen sich 717 gleich 96,30 Proz. an der Statistik beteiligten. Die 27 nichtbeteiligten Kartelle zählten 1911 zusammen 13 825 Mitglieder, dieser verhältnismäßig geringe Ausfall beeinflusst die Ergebnisse der Statistik nur ganz unmerklich. Den Kartellen waren angeschlossen 9418 Gewerkschaften mit 2 339 571 Mitgliedern. Gegen 1911 stieg die Zahl der Kartelle um 37, die Zahl der ihnen angeschlossenen Gewerkschaften vermehrte sich um 157 und die ihrer Mitglieder um 178 843. Die Zunahme an Gewerkschaften und Mitgliedern steht hinter der des Vorjahres erheblich zurück (1911 war ein Plus von 371 Gewerkschaften und 268 247 Mitgliedern zu verzeichnen), eine Erscheinung, die sich aus der wirtschaftlichen Struktur des Jahres 1912 erklärt, das als ungünstiges Wirtschaftsjahr zu bewerten ist. Bei der schwächeren Zunahme an Gewerkschaften ist die Verminderung derselben durch den Zusammenschluß von Zentralverbänden in Rechnung zu ziehen. Der

durchschnittliche Umfang eines Kartells betrug 13,1 (1911 13,4) Gewerkschaften mit 3263 (1911 3127) Mitgliedern, der durchschnittliche Umfang einer angegliederten Gewerkschaft 248,4 (1911 233,3) Mitglieder. In diesen Zahlen befindet sich die Rückwirkung aus der gewerkschaftlichen Konzentrationsprozesse auf die örtlichen Kartelle.

Der Hauptzweck an Kartellen ist den Kleineren, die 2 bis 20 Gewerkschaften haben und bis 2500 Mitglieder zählen, zugute gekommen.

Die Gruppe der größten Kartelle, mit über 25 000 Mitgliedern, ist um eins (Stettin) vermehrt worden. Sie weist 1912 9 Kartelle auf und zählen dazu: Berlin mit 311 923, Hamburg 142 923, Dresden 98 063, Leipzig 77 678, München 69 208, Nürnberg 58 100, Stuttgart 49 377, Frankfurt a. M. 45 461, Chemnitz 42 721, Hannover 39 601, Bremen 37 811, Breslau 33 230, Magdeburg 31 238, Köln 30 417 und Stettin 25 505 Mitgliedern.

Die Zahl der außenstehenden Zweigvereine war allezeit gering und vermindert sich von Jahr zu Jahr. Sie betrug 1906: 400 von 7657 oder 5,2 Proz., 1911: 310 von 9671 oder 3,2 Proz., und 1912: 272 von 9690 oder 2,8 Proz. der Gewerkschaften.

Im ganzen mögen etwa neun Zehntel der Gewerkschaftsmitglieder den Gewerkschaftskartellen angehören, während ein Zehntel, etwa 260 000 außerhalb der letzteren stehen.

Das Fernbleiben dieser Mitglieder ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Kartellorganisation an örtlicher Ausbreitung der Gewerkschaftsorganisationen vielfach nachsieht. Bei der in nächster Zeit notwendigen Ausgestaltung der Bezirksorganisation der Kartelle wird es möglich sein, auch die den letzteren noch fernstehenden Mitgliederkreise zu den notwendigen Kartellaufgaben heranzuziehen.

Die Tätigkeit der Kartelle erstreckt sich auf die Förderung der Gewerkschaftsagitation, der Erziehungs- und Bildungsarbeit, auf die Rechtsbelehrung und Rechtshilfe, auf die Förderung des Arbeiterchutzes, auf die Herbeiführung einer guten Interessendretung der Arbeiter bei Wahlen zu sozialpolitischen Körperschaften und im Bedarfsfalle auf die Mitwirkung bei Unterstützungsaktionen der Gewerkschaften.

In bezug auf die Förderung der Gewerkschaftsagitation ergibt die Statistik des Berichtsjahres leider keine völlig befriedigenden Resultate. Es wurden von den Kartellen 3288 Versammlungen veranstaltet. Referentennachweise bestanden an 52 Orten. Die Gesamtzahl der statistischen Erhebungen betrug 114, davon entfielen auf Arbeitslosen-zählungen 27. Vergleicht man diese Ergebnisse mit denen früherer Jahre, so zeigt es sich, daß die Kartelle sich von ihrem ureigensten Gebiet, der Förderung der Gewerkschaftsagitation, immer mehr und mehr zurückdrängen lassen und darauf eine geringere Tätigkeit entfallen. Gegen das Jahr 1905 wurden 382 Versammlungen weniger abgehalten, und die Zahl der Erhebungen hat sich um 17 vermindert. Dabei noch zu berücksichtigen ist, daß seit 1905 der Kartellbestand sich von 465 auf 717 vermehrt hat. Etwas besser sieht es hinsichtlich der Arbeiterinnen-agitation aus; die Zahl der hierfür eingesetzten Vertrauenspersonen und Agitationskommissionen stieg von 62 auf 101, hielt also wenigstens mit der Vermehrung der Kartelle Schritt. Aber noch immer entbehren über 80 Proz. der Kartelle solcher Einrichtungen. Dabei wurde der Lokal- und Herbergsfrage erheblich gesteigerte Aufmerksamkeit zugewendet. Es wurden 1912 unterhalten 29 Versammlungssäle und 77 Gewerkschaftshäuser. Unter der Kontrolle der Kartelle stehen 349 Herbergen bei Gastwirten und 36 Kartelle haben Herbergen in eigener Regie. 1905 waren insgesamt 305 solcher Einrichtungen vorhanden, vor allem stieg die Zahl der Gewerkschaftshäuser um das Dreifache. Der hohe Wert der Gewerkschaftshäuser für die Gewerkschaften und ihre Wirksamkeit am Orte soll keineswegs unterschätzt werden. Wo es an ausreichenden Versammlungsräumen fehlt und solche auch durch Kämpfe nicht zu erlangen sind, da bleibt den Gewerkschaften schließlich nichts anderes übrig, als selbst für solche zu sorgen. Doch sollte an die Errichtung eigener Gewerkschaftshäuser mit großer Vorsicht herangegangen werden, da diese Gründungen hohe finanzielle Anforderungen an die Gewerkschaften stellen und die eigene Regie häufig eine Quelle zahlloser Mißbilligkeiten bildet, deren

Austragung in Gewerkschaftskreisen der Agitation nicht förderlich ist.

Für die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Kartelle kommt, soweit sie nicht aus der Agitation selbst bestritten wird, die Unterhaltung von Bibliotheken und Lesezimmern, die Einrichtung von Unterrichtscursen sowie die Einziehung von Bildungsaus-schüssen und Jugendkommissionen in Betracht. Vergleichen wir auch hier, was die Kartelle auf diesem Gebiet früher leisteten und was sie heute leisten, so zeigt sich hier ein ganz eminenter Fortschritt.

Es hatten von den Gewerkschaftskartellen im Jahre

	1905	1910	1912
Gemeinsame Bibliotheken	252	496	581
Lesezimmer	39	71	89
Bildungsausschüsse	—	292	429
Jugendkommissionen	—	293	415

Die Zahl der Bibliotheken und Lesezimmer ist in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt worden. Daneben wurde, gewissermaßen als Neuland, die Bildungsorganisation und Jugendpflege systematisch in Angriff genommen und aus dem Nichts heraus über 400 Bildungsausschüsse und Jugendkommissionen geschaffen. Ein weitverzweigtes Netz von Institutionen der Volksbildung, zum Teil mit besoldeten Sekretären ist heute vorhanden und wenn die Statistik auch über die Zahl der von diesen Einrichtungen ausgehenden Veranstaltungen und Kurse keine Auskunft gibt, so ist doch an ihrer fruchtbringenden Tätigkeit nicht zu zweifeln. Schon die krampfhaften Bemühungen und die immensen Aufwendungen für die nationalistische Jugendfürsorge und der gefährliche Kampf, der gegen unsere Jugendbewegung geführt wird, lassen erkennen, wie unsere Gegner diese Wirksamkeit einschätzen.

Auf dem Gebiete der Rechtsbelehrung und Rechts-hilfe ist das Wirken der Gewerkschaftskartelle mühserr-gültig geworden. Es bestanden 1912: 106 Arbeiter-sekretariate und 212 Anstaltsbüros. Ueber die Tätigkeit dieser Institutionen wird später in einer besonderen Statistik berichtet werden.

Für die Förderung des Arbeiterschutzes, der ja auch die vorerwähnten Rechtshilfeeinrichtungen in nicht geringem Umfange dienen, hat ein Teil der Kartelle besondere Kommissionen für die Vermittlung von Beschwerden an die Gewerbeinspektion für die Belämpfung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber und für Bauarbeiterchutzes eingelebt. Mit Ausnahme der letzteren zeigt sich aber auf diesem Gebiete ein Rückschritt, der besonders hinsichtlich der Belämpfung des Kost- und Logis-zwanges augenfällig ist. Es bestanden nämlich bei den Kartellen:

Kommissionen für	1905	1910	1912
Beschwerden an Gewerbeinspektionen	149	139	133
Belämpfung des Kost- und Logiszwanges	129	48	42
Bauarbeiterchutzes	195	228	257

Der Rückgang der Beschwerdekommissionen könnte durch die Zunahme der Arbeitersekretariate hinreichend erklärt werden; dies trifft indes für das völlige Verschwinden der Kost- und Logis-kommissionen nicht zu und es ist nur zu bedauern, daß das Interesse der Kartelle für diese Aufgabe so geschwunden ist, denn sicherlich bleibt auf diesem Felde noch genug zu tun übrig. Wenn die Zahl der Bauarbeiterchutzeskommissionen mit der Zunahme der Zahl der Kartelle nicht gleichen Schritt gehalten hat, so hat dies weniger zu bedeuten, da hier die Bezirks-gliederung die Lücken an einzelnen Orten ausfüllt.

Ueber die Beteiligung der Gewerkschaftskartelle an Arbeitervertreterwahlen besagt die Statistik, daß 288 Kartelle (1910 = 264, 1905 = 175) im Berichtsjahre für diese Zwecke Aufwendungen finanzieller Art zu machen hatten. Es liegt auf der Hand, daß sich die Wirksamkeit der Kartelle für diese Aufgabe nicht in der Ausgabe von Geldmitteln erschöpft, sondern, daß ein erhebliches Maß von Agitationsarbeit damit verbunden ist, und zwar dürfte dies unterschiedslos alle Kartelle treffen, wenn auch nicht in jedem Jahre Arbeitervertreterwahlen durchzuführen sind.

Angeichts der Steigerung der Arbeiten der Kartelle auf einer Reihe von Gebieten hat sich in vielen Städten bereits die Errichtung besonderer Gewerkschaftsbüros mit besoldeten Kräften notwendig gemacht. Im Berichtsjahre waren 20 solcher Bu-

reaus (1910: 18, 1905: 6) vorhanden, während in den meisten Städten die Arbeitersekretariate zugleich die Verwaltungsarbeiten der Kartelle übernehmen.

**Korrespondenzen.**

Gesperret sind:

Deutschland:

Breslau (Firma W. Kragen u. Co.).

Vagen i. W. (Firma Schlegel und v. d. Heyden).

Frankfurt a. M. (Stuisarbeiter).

Hanau (Stuisarbeiter).

Ungarn (vor allem Budapest infolge der dortigen Tarifbewegung).

Vor Arbeitsannahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Er-fundigung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:

Deutschland:

Dortmund.

Dresden (Prägereiarbeiter und -arbeiterinnen).

Oesterreich:

Ksch i. B. (Buchbinder und Kartonnagen-arbeiter und -arbeiterinnen).

Schweiz:

Chur-Davos (Buchbinder).

Luzern (Buchbinder).

Lausanne (Buchbinder).

Berlin, Luxuspapierbranche. Unter den Goldschmittmachern macht sich in letzter Zeit eine lebhaftere Bewegung geltend, um die Mißstände, die in diesem Berufsweige eingedrungen sind, abzu-schaffen. Im Jahre 1911 wurde bei der Beratung des Ortsstatuts die Selbständigkeit der Goldschmittmacher-Branche aufgehoben. Seitdem fehlte es an der Füh-lungnahme der Kollegen unter sich. Sie konnten sich nicht dazu vereinigen, sich den anderen für sie in Be-tracht kommenden Branchen, wo ihre Interessen in genau demselben Maße wahrgenommen werden, an-zugliedern. So ging ihnen jeder Überblick über die Vorgänge ihres Berufes verloren und wenn solche mal gelegentlich im Privatgespräch geäußert wurden, so fehlte es an der notwendigen Verständigung, um gemeinsam darüber zu beraten und die Mißstände abzuschaffen. Dieser Fehler macht sich jetzt nun außerordentlich bemerkbar. Haben sich doch bei den Schnittmachern in der Postartenindustrie Mißstände bezüglich der Bezahlung der Affordarbeit heraus-gestellt. Aber noch ein anderer Mischstand hat bereits Fuß gefaßt, der geeignet ist, die früheren Verhältnisse noch mehr herunterzubrechen. Das Zwischenmeister-system breitet sich immer mehr aus und die einzelnen Zwischenmeister unterbieten sich noch in ihren Preis-angeboten, so daß es den Kollegen immer schwerer wird, einen angemessenen Verdienst zu erzielen. Größere Firmen lassen jetzt schon außer dem Hause arbeiten, da der Herstellungspreis im Hause bedeutend höher ist, als wie sich der Zwischenmeister anbietet. Dadurch ist ein großer Teil der Kollegen arbeitslos und durch lange Arbeitslosigkeit gezwungen worden, beim Zwischenmeister unter ganz widrigen Arbeits-verhältnissen und niedrigen Preisen zu arbeiten.

Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich am 17. Juli eine Versammlung, welche die Luxuspapier-branche einberufen hatte. Trotzdem für diese Ver-sammlung keine rechte Agitation entfaltet werden konnte, war der Besuch wider Erwarten gut. Es fand eine lebhaftere Diskussion statt und mehrere Redner bedauerten, daß nach Auflösung der Branche ein Zusammenhalten der Kollegen nicht mehr mög-lich war und sie geben die Schuld den Kollegen, die sich die Preisdrückereien so stillschweigend haben ge-fallen lassen. Beispiele wurden angeführt, daß der Preis von 450 Mf. bis 225 Mf. heruntergegangen ist. Einstimmig wurde von der Versammlung be-schlossen, eine Kommission zu wählen, die einen Tarif ausarbeiten soll, der die Festsetzung von Ein-heitspreisen vorsieht. Dieser Kommission gehörten die Kollegen Deber, Just, Schönfeld und Siebert an. Des weiteren wählte die Versammlung den Kollegen Schönfeld in die Agitationskommission der Luxus-papierbranche.

Der Bericht der Kommission wurde in einer zweiten Versammlung gegeben, welche die Vorschläge einstimmig annahm. Ueber die Einreichung der feit-gelegenen einheitlichen Vorlage entschied die Ver-sammlung dahin, in einer neuen Versammlung end-gültig darüber zu beschließen. Die Zwischenzeit soll ausgiebig dazu benutzt werden, eine rege Agitation unter den Goldschmittmachern zu entfalten, um auch

den letzten Verursachenden, die jetzt bei allen möglichen Sachunterstützungen arbeiten, zu dieser Versammlung zu interessieren. Namentlich ist es daher, daß jeder Kollege ... Vorhaben der Kommission unterstützt und ihr noch Adressen von Schnittmachern sowie Zwischenmeistern mitteilt.

**Hannover.** Unsere am 18. Juli stattgehabene Generalversammlung hatte sich leider nur eines schwachen Besudes zu erfreuen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Lüben in üblicher Weise. Goppert führte dann in seinem Geschäftsbericht aus, daß die Konjunktur im verfloffenen Quartale eine sehr schlechte gewesen sei und daß sich bereits die ersten Anzeichen wirtschaftlichen Niedergangs auch in unserem Berufe bemerkbar machen. Diefem Umstande sei es auch zuzuschreiben, daß in der Mitgliederzahl ein Rückgang eingetreten sei. Unmöglich sei es gewesen, zugereiste Kollegen in Arbeit zu bringen.

Kornacker gab den Kasfenbericht. Derselbe schließt für die Verbandskasse in Einnahme und Ausgabe mit 8766,89 M. ab. In der Lokalkasse betrug die Einnahme 3650,89 M. und die Ausgabe 1598,84 M., so daß der Kasfenbestand 2052,05 M. beträgt. Hierauf erbatte Kornacker den Bericht des Arbeitsnachweises. Es meldeten sich arbeitslos 41 männliche und 22 weibliche Mitglieder. Offene Stellen wurden angemeldet am Orte 11 für männliche, 7 für weibliche Mitglieder, davon wurden besetzt 10 für männliche und 5 für weibliche Mitglieder. Von außerhalb wurden 5 offene Stellen für männliche Mitglieder angemeldet, dieselben wurden sämtlich durch uns besetzt.

Derzog gab den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Aus demselben ist zu entnehmen, daß sich sämtliche vom Gewerkschaftskartell ins Leben gerufenen Institutionen einer steigenden Benutzung zu erfreuen haben. Goppert weist darauf hin, daß das Gewerkschaftsfest am 10. August stattfindet und erjucht um rege Beteiligung. 14 Kollegen werden in den Festauschub delegiert.

**Friburg.** In dem nahen zur hiesigen Zahlstelle gehörigen Waldfirch fand am 19. Juli eine öffentliche Buchbinderversammlung statt. Das vom Gauleiter Schröter gehaltenes Mejerat lautete: „Wie kann der Arbeiter seine Lage verbessern?“ Medner schilderte in kurzen Zügen die Entwicklung des Buchbinder-Verbandes. Er wies ganz besonders auf die großen Erfolge hin, die den Verband auf seine jetzige Höhe gelangen ließen. Daß der einzelne Arbeiter als einzelner verhältnismäßig wenig zur Hebung seiner Lebenslage beitragen könne, sei eine zur Genüge bekannte Tatsache. Nur da, wo den stark organisierten Arbeitgebern eine gleich starke Arbeitnehmergegenüberstellung gegenübergestellt werden konnte, hätte man sich dazu herbeilassen müssen, den Arbeitern nennenswerte Zugeständnisse zu machen. Für den interessierten und lehrreichen Vortrag wurde dem Redner reichlicher Beifall gezollt.

Daß es uns in einem Jahre gelang, in Waldfirch einen Mitgliederstand von nahezu 20 zu erreichen, ist lediglich auf die Einigkeit der dortigen Kollegen zurückzuführen. Doch dieser Erfolg soll uns nicht abhalten, auch fernerhin zu agieren, stehen doch die bisher organisierten noch eine große Anzahl Indifferenter gegenüber und diese zu gewinnen, soll unsere nächste Aufgabe sein.

**Ostle.** Unsere Generalversammlung fand am 19. Juli statt. Auf der Tagesordnung stand zuerst ein Vortrag über: „Die Volksfürsorge“. Genosse Müde schildert in seinem Vortrage die Vorteile der „Volksfürsorge“ gegenüber den privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften. Dem Kasfenbericht der Zahlstelle ist zu entnehmen: Einnahme der Hauptkasse 1187,20 M., Ausgabe 1071,97 M. Die Lokalkasse hat einen Bestand von 471,34 M. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Quartals 249, am Schlusse 260. Der Vorsitzende macht bekannt, daß es Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, sich an den Vertretewahlen zur Ortskrankenkasse zu beteiligen. Die Wahl findet am 20. August statt. Ferner sollen sich die Kollegen mehr als bisher an der Hausagitation beteiligen. Beschlossen wurde, 20 Exemplare der Broschüre „Die Unfallgefahren in der Papierverarbeitungs-Industrie“ zu beziehen. Dieselben sollen zur Belehrung der Mitglieder in den Werkstätten zirkulieren. Nach einigen örtlichen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die schwach besuchte Versammlung.

**Krefeld.** Am 19. Juli hielten wir unsere vierjährige Generalversammlung ab. Aus dem vom Kollegen Bauer gegebenen Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß das verfloffene Quartale ein sehr arbeitsreiches gewesen ist. Demnach sind abgehalten worden eine General- und drei Mitgliederversammlungen. In einer derselben hielt unser Bezirksleiter Groenhoff einen Vortrag über die Tarifrevision, hiermit wurde der erste Schritt zur Lohnbewegung gemacht. Der Vorstand erledigte seine

Geschäfte in vier Sitzungen. Abgehalten wurden ferner acht Werkstättenbesprechungen von den größten Betrieben der Zahlstelle. Da die Kollegen für diese Besprechungen wenig Interesse zeigten, beschloß die Ortsverwaltung eine Hausagitation zu betreiben. Der Erfolg derselben war ein guter. Kollege Bauer sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Mitglieder den Arbeiten der Verwaltung so wenig Interesse entgegenbringen. Einige Kollegen halten es nicht für nötig, die vom Vorstand ausgegebenen Statistiken abzuliefern. Dadurch würde die Arbeit erschwert und mancher Kollege werde mißmutig. Er fordert die Mitglieder auf, dafür zu sorgen, daß endlich das Material zusammenkomme, um in der Bewegung einen Schritt weiter zu kommen. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des zweiten Quartals 171, davon 18 weibliche. Den Kasfenbericht erstattete Kollege Schneider. Den Einnahmen der Verbandskasse von 1223,69 M. stehen Ausgaben von 1057,88 M. gegenüber. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme, einschließlich Kasfenbestand, von 1478,71 M. und eine Ausgabe von 290,64 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Den Bericht der Lohnkommission gab Bauer. Ein endgültiges Resultat war noch nicht zu geben, da die Kommission ihre Arbeiten noch nicht abgeschlossen hatte. Kollege Reisswinkl berichtete von der letzten Kartelltagung, in der über das Gewerkschaftsfest verhandelt wurde. Unter „Verschiedenes“ kam ein Schreiben vom Kartellvorstand zur Verlesung wegen des Gewerkschaftsfestes, worauf sich alle Redner für die vollständige Beteiligung am Festtage aussprachen. Ein Schreiben des Bildungsausschusses forderte zur Beteiligung an einem Vortragstournee des Genossen Bernh. Raich auf. Es meldeten sich sechs Kollegen. Ueber die im Herbst stattfindende Krankenkassenwahl der allgemeinen Ortskrankenkasse machte Kollege Bauer längere Ausführungen, indem er auf die Notwendigkeit reitlicher Beteiligung daran hinwies.

Als Delegierte zum Gauitag wurden die Kollegen Beyer und Kriwis gewählt. Sodann wurde ein Zusatzantrag angenommen, der besagte, daß jugendliche Mitglieder unter 17 Jahren von der Strafe für das Schwänzen der Generalversammlung befreit sind.

**Rundschau.**

**Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfaht in Charlottenburg.** Von der Verwaltung werden wir um Abdruck der folgenden Mitteilung ersucht: Unter dem Vorsitz des Direktors im Reichsannt des Innern, Wirklichen Geheimen Rats Caspar, fand am 19. und 20. Juni eine Tagung des Beirats der „Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfaht, Reichsannt“ in Charlottenburg (Frauhoferstraße 11/12) statt. Dieser Beirat fest sich aus prominenten Persönlichkeiten der Wissenschaft und der Industrie und aus Beamten der Gewerbeaufsicht und der verschiedenen Berufsorganisationen usw. zusammen. Hauptaufgabe der Tagung war die Prüfung der Ausstellungsgegenstände nach der Richtung hin, ob die vorgeführten Schutzvorrichtungen den neuesten Anforderungen der Betriebssicherheit noch entsprechen. In zweitägiger intensiver Arbeit wurde diese Aufgabe erledigt. Die Verwaltung verdankt den Verhandlungen manche wertvolle Anregung zur Verbesserung und Neueinrichtung. Es war die einmündige Ansicht der bei dieser Gelegenheit versammelten Spezialfachverständigen, daß die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfaht sich nach zehnjährigem Bestehen als ein unentbehrliches Mittel zur Verbreitung von Kenntnissen auf dem wichtigsten Gebiete des Arbeiterschutzes bewährt hat, und daß ihre weitere Ausgestaltung die Anwendung noch weit erheblicherer Mittel, als ihr bisher zugeflossen sind, rechtfertigen dürfte.

Die Ausstellung hat ferner jeben den Bericht über ihre Tätigkeit im letzten Jahre veröffentlicht. Von dem Interesses, dessen sich die Ausstellung in immer weiteren Kreisen zu erfreuen hat, gibt vor allem die stetig wachsende Zahl der Besucher fund, die sich von 26 253 im Vorjahre auf 32 314 gehoben hat. Was die Ausstellung vor manchen anderen ihren besonderen Wert verleiht, sind die sachverständigen Gruppenführungen, die auf vorherige Anmeldung jederzeit beantragt werden. Solche Führungen fanden im Jahre 1912 562 mit rund 17 000 Teilnehmern statt. Es waren daran nicht nur Berliner beteiligt, sondern auch von auswärts finden sich häufig Besucher, vornehmlich Abordnungen von Werkführern und Arbeitern bestimmter Berufsgruppen, ein, wie auch besondere Führungen für Aufsichtsbeamte, Studiengesellschaften, Teilnehmer

an Kurzen der mannigfaltigsten Organisationen usw. veranstaltet werden. Ihrem Inhalt nach hat die Ausstellung im abgelaufenen Jahre erheblich an Umfang zugenommen. Abgesehen davon, daß zahlreiche Gegenstände, um die Ausstellung stets auf dem laufenden zu erhalten, gegen neuere Erfindungen und Konstruktionen ausgetauscht sind, ist die Zahl der Ausstellungsgegenstände um ein beträchtliches gewachsen; von über 1000 Ausstellern werden zurzeit 3500 Einzelobjekte zur Anschauung gebracht, darunter mehr als 1400 in originaler Ausführung. Von den Maschinen, an denen die Einrichtungen für Unfallverhütung angebracht sind, befinden sich die meisten in betriebsfähigem Zustand. Daneben bietet die Ausstellung eine reichhaltige Sammlung von Fachliteratur, gibt in Form der Auslage von Prospekten und Katalogen Auskunft über Bezugsquellen, veranstaltet in ihren Räumen Vorträge und Sonderausstellungen und bildet so ein vortreffliches Mittel zur Orientierung über alle Fragen des Arbeiterschutzes, so daß ihr Besuch und die Benutzung ihrer Einrichtungen interessierten Kreisen nicht dringend genug empfohlen werden kann.

**Internationale Konferenzen in Zürich.** Die 8. Internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen ist jeben von dem Internationalen Sekretär Legien für den 16. bis 18. September 1913 ins „Volkshaus“ in Zürich III, Stauffacherstr. 60, mit folgender Tagesordnung einberufen worden: 1. Bericht des Internationalen Sekretärs; 2. Beratung und Beschlußfassung über die das Internationale Sekretariat betreffenden Anträge; 3. Veranstaltung internationaler Kongresse der Arbeiter (beantragt von Frankreich); 4. Internationale Föderation der Gewerkschaften (beantragt von den Vereinigten Staaten); 5. Maßregeln zur Abschaffung der Nacharbeit und zur Einführung des gesetzlichen Achtstundentages (beantragt von Schweden); 6. Untersuchung darüber, welche Maßnahmen zu treffen sind, um der Manifestation des 1. Mai ihren wirklichen wirtschaftlichen und internationalen Charakter zu geben (beantragt von Frankreich). Ferner beantragt Rumänien, daß den internationalen Berufssekretariaten nur solche Organisationen angehören dürfen, welche zugleich ihrer Landeszentrale der Gewerkschaften angeschlossen sind und daß organisierte Arbeiter ihre Beiträge in dem Lande, in dem sie sich befinden, zu entrichten haben. Gleich nach Beendigung dieser Konferenz, am 19. September, wird am gleichen Orte zum ersten Male eine Konferenz der Internationalen Berufssekretäre stattfinden. Für diese lautet die provisorische Tagesordnung: 1. Einheitlichkeit der Verichterstattung; 2. Einheitlichkeit der internationalen Gewerkschaftsstatistik.

Die meisten Delegierten dieser beiden Konferenzen werden wahrscheinlich auch dem Schweizerischen Gewerkschaftskongresse beiwohnen, der, ebenfalls in Zürich, vom 13.—15. September tagen wird.

**Zur Beachtung für alle Arbeiter, welche nach Frankreich zu reisen gedenken.** Wie alljährlich, so macht sich auch in diesem Jahre ein ziemlich starker Zugang deutschsprachender Arbeiter nach Frankreich und speziell nach Paris bemerkbar. Die nachfolgenden Zeilen sollen nun durchaus nicht bezwecken, alle Wanderlustigen abzuhalten, ihre Schritte hierher zu lenken. Nur auf einige Konsequenzen möchten wir an dieser Stelle aufmerksam machen, die nach unserer Beobachtung von vielen außer acht gelassen werden, welche Paris oder eine andere französische Stadt zu längerem oder kürzerem Aufenthalt aufsuchen.

1. Vor allem richte man es so ein, daß man nicht von allen Mitteln entblößt hier ankomme. Nur sehr wenige französische Emblate haben eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt und gewöhnlich tritt die Bezugsberechtigung erst nach sechsmonatlicher bis einjähriger Mitgliedschaft ein, die für vorher schon organisierte auf die Hälfte der vorbezeichneten Periode herabgesetzt ist. Wie leicht unter diesen Umständen Ruwanommende in die schlimmste Notlage geraten können, ist wohl leicht einzusehen. Es gehört zu den größten Ausnahmen, daß ein Zureisender sofort oder doch in wenigen Tagen Arbeit und Verdienst findet. Gewöhnlich muß man mit einigen Wochen Arbeitslosigkeit rechnen. Wenn wir nun hinzufügen, daß man in Paris (bei sparsamer Lebensführung) mindestens 25 Frank (1 Fr. = 80 Pf.) wöchentlich Ausgaben pro Person annehmen muß, so kann sich jeder ausrechnen, welche Varmittel für seinen Aufenthalt hier nötig sind. Hingugefügt sei, daß in der Provinz die entsprechenden Ziffern für Kost, Logis usw. nicht nennenswert geringer sind als in Paris.

2. Jeder Einwandernde sollte sich möglichst vorher schon einige Kenntnisse der französischen Sprache aneignen. Wohl existieren in Paris und auch in manchen Provinzstädten Werkstätten, in denen deutsch gesprochen wird, wo man also auch ohne französische Sprachkenntnisse durchkommt. Wie leicht erklärlich, herrscht jedoch für dieselben ein Heberangebot von Arbeitskräften. Die letzten politischen Ereignisse und besonders eine seit circa zwei Jahren systematisch betriebene Hebe der nationalitätlichen und Sensationspresse haben heute die Tür so mancher Werkstätte für den nur deutschsprechenden Ausländer gesperrt, selbst bei solchen Firmen, wo man früher betreffs der Nationalität ziemlich tolerant war. Für diejenigen, der sich französisch verständigen kann, fallen natürlich viele Schwierigkeiten, besonders wenn er in seinem Fache tüchtig ist.

3. In allen zweifelhaften Fällen ziehe man rechtzeitig (d. h. nicht erst einige Tage vor der Abreise) Erkundigungen ein, und zwar bei einer der folgenden Organisationen:

- Deutsches Gewerkschaftsstell. Paris. 82 rue Notre Dame de Nazareth. Paris 11me.
- Deutscher Sozialdemokratischer Leseklub. 49 rue de Bretagne. Paris 11me.

Die Beifügung des Rückportos ist erbeten. Anfragen, die voraussichtlich längere Recherchen erforderlich machen würden, wolle man unter Beifügung von 50 Pf. in Briefmarken direkt an die „Ausfuhrstelle der deutschen sozialdemokratischen Vereine im Auslande“ richten unter folgender Adresse: Hr. J. Schreier, 11, Boulevard d'Enghein à Enghein-les-Bains. (Seine et Oise.) Frankreich.

4. Alle diejenigen, die sich nach reiflicher Heberlegung entschließen, hierherzukommen, sollen nicht vergessen, daß sie auch im Auslande ihren Organisationspflichten nachzukommen haben.

Das Gewerkschaftsstell. Paris bietet ihnen seine Vermittlung an für die Erzielung aller Aufnahmeformalitäten in den französischen Organisationen.

Auskünfte werden erteilt jeden Donnerstag, abends von 8 1/2 - 10 Uhr, am Sitz des Stellens, 82 rue Notre Dame de Nazareth. An allen übrigen Abenden im Leseklub, 49 rue de Bretagne.

Deutsches Gewerkschaftsstell. Paris.

### Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 20. Juli bei der Verbandskasse ein: Von Königsberg mit 128,98 Mk., Kaltowitz 77,10 Mk., Gau V 460 Mk., Adersleben — Mk., Dessau — Mk., Gau VI/VII 500 Mk., Bremerhaven 100 Mk., Nienburg 120 Mk., Hamburg-Altona 3000 Mk., Bielefeld 713,19 Mk., Detmold 59,33 Mk., Minden 15,91 Mk., Arnstadt — Mk., Erfurt 300 Mk., Rudolstadt 108,93 Mk., Schlei 266,45 Mk., Gau X 368,10 Mk., Aachen 350 Mk., Barmen-Elberfeld 1150 Mk., Bochum 120,01 Mk., Bonn a. Rh. 75 Mk., Dortmund 400 Mk., Düsseldorf 764,70 Mk., Gelsenkirchen 97,86 Mk., Hagen 140 Mk., Langerfeld-Schwelm 75 Mk., Gau XI 100 Mk., Darmstadt 100 Mk., Wiesbaden 120 Mk., Gau XII 782,16 Mk., Annaberg-Buchholz 1740 Mk., Burgstädt 241,74 Mk., Grimma 350 Mk., Limbach 571,18 Mk., Klauen 800 Mk., Wurzen 350 Mk., Zittau 130 Mk., Zwickau 250 Mk., Gau XIII 400 Mk., Gau XIV/XV 300 Mk., Freiburg i. B. 180 Mk., Göppingen 100 Mk., Heilbronn 1200 Mk., Jähr 200 Mk., Neutlingen 300 Mk., Straßburg 400 Mk., Nürnberg-Fürth 500 Mk., Regensburg 190,42 Mk. und von Kaufbeuren mit 120 Mk. E. Hauelsen.

### Literarisches.

„Gewerbe- und Kaufmannsgericht“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Meimer in Berlin.) — Nr. 10 des 18. Jahrgangs enthält: Die Bedeutung der Arbeitsordnung im Gewerblichen Leben. Von Gewerberichter Dr. Lieb. — Rechtsprechung: Deutsche Gewerbe- und Berufsgerichte (Leipzig, Essen, Nürnberg). — Deutsche Kaufmanns- und Berufsgerichte (Mannheim, Hamburg). — Reichsgericht (4. Strafsenat). — Andere deutsche Gerichte (Kammergericht, 8. Zivilsenat). — Verfassung und Verfahren: Gewerbe-gerichte und Reichsversicherungsordnung. — Recht des Arbeitsvertrages: Kündigung bei Einstellung „für die Saison“. Von Magistratsassistent B. Reidenberger. — Ehrenwürdliche Verpflichtung in Anstellungsverträgen. Von Gerichtsassessor Dr. Lade. — Allgemeines: Verbandstag des Ver-

bandes der Kaufleute-Beijher. Von Sekretär Dimell. — Literatur: Jahrbücher, Dr. Franz, Der gewerbliche Arbeitsvertrag. — Verbandsangelegenheiten: Eingänge.

„Der Arbeitsmarkt“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise (herausgegeben von dessen Geschäftsführer, Verlag von Georg Meimer, Berlin). Die als Organ des „Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 9 des 16. Jahrgangs: Die neue Arbeitslosenfürsorge der Stadt Mannheim. Von Dr. Emil Hofmann-Mannheim. — Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Kommunalen Arbeitsnachweis und Submissionswesen. — Verband bayrischer Arbeitsnachweise 1912. — II. Verbandsversammlung des Verbandes der öffentlichen Arbeitsnachweise des Königreichs Sachsen. — Arbeitslosigkeit in der Buchbinderei und verwandten Gewerben. — Arbeitslosen- und Wanderarmenfürsorge: Arbeitslosenunterstützung der Stadt Zürich im Winter 1912/13. — Neue Regelung der Steuerleistung bei Arbeitslosigkeit. — Einführung des Wanderarbeitsstätten-Gesetzes für die Provinz Hannover. — Wanderarbeitsstätten im Bezirksverbandes Cassel.

### Adressenänderungen.

#### Gaubevollmächtigte.

Gau II. Regierungsbezirke Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Danzig und Marienwerder. **Gauvorort Königsberg:** O. Kohnert, Krugstr. 9 d. Vertrauensmann für Elbing: E. Köllmer, Meißner Marienburger Damm 36 c; für Insterburg: A. Ratjenst, Dobeneckgasse 3, pt.; für Graudenz: Fr. Gröschke, Tucherdamm 54, III.

#### Unterstützungsauszahler.

Bielefeld: J. Hoff, Schulstr. 20 („Volkswacht“), von 7-1 und 3-1/2 Uhr.  
 Kiel: J. Wilms, Fürstlich-Gaarden, Geinestr. 1, part. links.  
 Königsberg: O. Kohnert, Krugstr. 9 d, II, von 12 bis 1 Uhr (nur Werktags).  
 Ronitz: E. Geigges, Niederburggasse 9, von 6 bis 8 Uhr.

## ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) Sitz Leipzig.

### Hauptversammlung

mit der Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht pro 2. Quartal 1913.
2. Bericht der Delegierten von der außerordentlichen Generalversammlung in Leipzig.
3. Neuwahl der Ortsverwaltung.
4. Verschiedenes

findet statt in

Leipzig, Montag, den 4. August, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Weismann, Grenzstraße 21.

Zahlreiches Erscheinen erwartet  
 Die Ortsverwaltung.

Unserem lieben Kollegen und Kassierer **Karl Wdwing** nebst Frau Gemahlin zur Abreise nach Berlin ein herzliches Lebwohl!

Zahlstelle Königsberg i. Pr.

Deutscher Buchbinderverband .: Zahlstelle Berlin  
 Jugend-Abteilung.

Sonntag, den 3. August 1913:

### Familienausflug

.: nach Dahlem und Besuch des Botanischen Gartens .:

Treffpunkt: 1/2 1 Uhr am Potsdamer Bahnhof, Haupteingang, rechts. — Fahrgehd 40 Pf. — Für Nachzügler: um 2 Uhr in Dahlem, Haupteingang des Botanischen Gartens.

Nachmittag: Gemütliches Beisammensein mit Kaffeetocher im „Birkenwärdchen“ in Ziegeln.

Recht zahlreichen Besuch erwartet

Der Jugendausflug.

J. A.: Wilhelm Stephan.

Wer den Aufenthalt des Buchb. Matthai Fersch a. Duedlinburg angeben kann, wird erucht, Mitteilung an Frau Fersch, Halle a. S., Schweisshofstr. 14, gelangen zu lassen.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt  
**O. Th. Winckler, Leipzig**

### Stuisarbeiter,

gewandt in Bekleid- und Schmuckstuis, für sofort oder bald gesucht.  
 Stuisfabrik,  
 Lüdenscheid i. W., Königl. 8.

### Inferate finden nur Aufnahme

wenn ihnen der Betrag  
 beigefügt ist.

## Patent - Demo - Leimbehälter

hält den Leim lange Zeit hindurch gebrauchsfertig.  
 Tausende Apparate in Buchbindereien etc. im Gebrauch!

Jede Feuersgefahr, Anbrennen des Leims etc. wird bei Benutzung der Demo-Leimbehälter vermieden.



Viele glänzende Gutachten von Fachleuten liegen vor. Außerst widerstandsfähig und haltbar.

a b c Isolierschicht.

Neue Ausführung. Innentelle aus verzinnem Messing, das eigentliche Leimgefäß aus Kupfer!

Thermos-Aktiengesellschaft, Berlin W. 35.